



## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Kommunal- und bürgerfreundliche Verhandlungen über Freihandelsabkommen und Dienstleistungsabkommen sicherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund und in den EU-Institutionen einzusetzen,
  1. dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern und Deutschland in den Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) sowie über das plurilaterale Dienstleistungsabkommen (TiSA) unberührt bleibt;
  2. dass es zu keiner Absenkung unserer hohen Standards bei der Lebensmittelsicherheit, im Umwelt- und Tierschutz, der Hygiene und bei sozialen Regelungen kommt, um fairen Wettbewerb und Umgang insbesondere mit unseren bayerischen Landwirten zu gewährleisten;
  3. dass bei künftigen „Stakeholder-Meetings“ am Ende von Verhandlungsrunden auch der Freistaat Bayern und die kommunalen Spitzenverbände eingeladen werden, um unsere regionalen und kommunalen Interessen dort angemessen anzubringen;
  4. dass die Verhandlungen unter der Maßgabe höchster Transparenz gegenüber allen Unionsbürgern stattfinden, indem insbesondere die Verhandlungsdokumente veröffentlicht werden.

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Ausschuss der Regionen eine gemeinsame Entschließung zu initiieren, die die Punkte I.1. bis I.4. berücksichtigt;
2. eine Grundgesetzänderung in Form einer Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, die Volksentscheide bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite ermöglicht, um nach Ende der Verhandlungen das Volk über die Annahme des Freihandelsabkommens entscheiden zu lassen;
3. dem Landtag regelmäßig nach Abschluss von Verhandlungsrunden über den derzeitigen Sachstand im zuständigen Ausschuss zu berichten.

### **Begründung:**

Das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP) und das plurilaterale Dienstleistungsabkommen (TiSA) können fundamentale Auswirkungen auf unsere heutige Lebenswirklichkeit haben. Nicht nur eine weitere Liberalisierung unserer öffentlichen Daseinsvorsorge, sondern auch die Absenkung unserer gewohnten Standards müssen je nach Ausgang der Verhandlungen befürchtet werden. Daher muss die Staatsregierung alle ihre Möglichkeiten auf Bundesebene und in Europa nutzen, um entsprechend inhaltlichen Einfluss auf beide zu verhandelnden Abkommen zu nehmen, den bayerischen Kommunen in Brüssel mehr Gehör zu verschaffen, höchste Transparenz gegenüber den bayerischen Bürgern zu gewährleisten und die Mitbestimmung des Volks über das Abkommen durch Einführung der Möglichkeit bundesweiter Referenden zu ermöglichen.